

HESSENBRIEF

Kommunalpolitische Ideen- und Informationsbörse der KPV

Information:

Nachlese Landtagswahl
und KPV-Projekte 2008

►►Seite 4

Bildung:

Seminar „Qualitätsmanagement
in kommunalen Fraktionen“

►►Seite 5

Beratung:

Juristische Gutachten

►►Seite 11



Die KPV im Dialog

Seminar „Kommunales Fraktionsmanagement“ am 26. April in
Groß-Gerau und am 17. Mai in Alsfeld-Eudorf



**Liebe KPV-Freunde,
liebe Hessenbrief-Leserinnen und -Leser,**

die Erkenntnis des Wahlsonntags, keine bürgerliche Mehrheit zu bekommen, war eine bittere Erfahrung. In der jetzigen Phase müssen wir, muss die Partei den Spagat schaffen, über die Gründe offen zu reden und gleichzeitig aber auch die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Zweifelsfrei steht fest, dass es der Union nicht gelungen ist, den Bürgern die Leistungen zu erklären, die von der Landesregierung in neun Jahren gemacht worden sind. Ohnehin wissen wir aufgrund der Analysen heute, dass die Regierung eher zu viele Projekte und Probleme angegangen ist als zu wenig. In der Ruderersprache ausgedrückt „die Schlagzahl war zu hoch“.

Die erste Ausgabe des Hessenbriefs 2008 ist auch die erste in neuem Gewand. Ab 2008 erscheint die hessische Ideen- und Informationsbörse viermal im Jahr in den *kommunalpolitischen Blättern*. Es ist uns damit gelungen, unsere kommunalpolitischen Beiträge allen christdemokratischen Kommunalpolitikern in Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Der KPV-Landesvorstand hat in seiner Vorstandssitzung am 16. Februar die thematischen und organisatorischen Schwerpunkte für das Jahr 2008 verabschiedet. So haben wir neu in unser Bildungsangebot das Seminar „Fraktionsmanagement – Im politischen Wettbewerb die Nase vorn haben“ aufgenommen. Im Vergleich zu den zahlreichen verwaltungsinternen Umstrukturierungen, hat sich die kommunalpolitische Arbeit, insbesondere die Fraktionsarbeit, nur in relativ geringem Maße organisatorisch und inhaltlich verändert. Es ist darüber hinaus unbestritten, dass kommunalpolitische Herausforderungen immer komplexer geworden sind: Zielkonflikte, langfristige Auswirkungen politischer Entscheidungen und der qualitative Anspruch politischer Weichenstellungen haben zugenommen. Mit dem Seminar wollen wir vor allem Fraktionsvorsitzende und –geschäftsführer motivieren, Verbesserungspotenziale zu erkennen und zu nutzen.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Lutz Klein

Vorsitzender KPV IBB e.V.

Inhalt
Ausgabe
1/2008

Direktwahlen in Hessen 2007 / 2008	3
Nachlese Landtagswahl und KPV-Projekte 2008	4
Seminar „Qualitätsmanagement für kommunale Fraktionen“	6
Angebote der Hessischen Akademie	7
Vom Kleinsein zum Einstein - Experimente mit Kindern	8
Reform des kommunalen Finanzausgleichs und Fortbestand der Optionskommunen	10
Juristische Gutachten	11
Aus dem Land	12
Beispielhafte Initiativen	13
Lesenswerte Internetseiten	14
Buchbesprechung	15

Die KPV gratuliert

Direktwahlen in Hessen 2007 / 2008

04.11.2007
Schöffengrund



Der von der CDU Schöffengrund unterstützte freie Kandidat Hans-Peter Stock hat sich mit guten 56,4 % der Stimmen gegen seinen Gegenkandidat Norbert Schmitt durchgesetzt. Die Wahlbeteiligung lag bei 68,0 %. Hans-Peter Stock vergleicht die Position des Bürgermeisters gerne mit einem Handwerksmeister. Dessen Aufgabe sei es, seine Firma ordentlich zu führen und freundlich und zuvorkommend zu seinen Kunden zu sein. Diesen Anspruch habe er auch gegenüber seinen „Kunden“, den Bürgerinnen und Bürgern von Schöffengrund.

27.01.2008
Lauterbach



Rainer Hans Vollmöller konnte sich gegen die schon im Jahre 2002 gegen ihn angetretene Claudia Blum wieder durchsetzen. Im Jahre 2002 gewann Vollmöller gegen seine Gegenkandidatin mit rund 55 % der Stimmen. Dieses Mal konnte er seinen Vorsprung aus der letzten Wahl auf Claudia Blum weiter ausbauen. Von den 7.489 Wählern konnte er 60,3 % für sich gewinnen. Die Wahlbeteiligung lag bei 68,6 %. Vollmöller kann insgesamt auf 21 Jahre Dienstzeit als Bürgermeister zurückblicken; 10 Jahre davon als Rathausoberhaupt in Gemünden. Er beginnt nun seine dritte Amtszeit in Lauterbach.

27.01.2008
Homburg (Efze)



Martin Wagner heißt der alte und neue Bürgermeister in Homburg (Efze). Mit 54,0 % der Stimmen setzte sich der Amtsinhaber gegen seine Konkurrentin Marianne Hühn durch. 71,3 % der rund 11.379 Wahlberechtigten gingen zur Wahl. Das ist eine Steigerung von rund ca. 8 % zu der letzten Wahl im Jahre 2002. In der Kommunalwahl 2006 gewann die CDU 2 Sitze hinzu und ist nun mit insgesamt 16 Sitzen stärkste Kraft in Homburg.

27.01.2008
Gladenbach



Klaus Dieter Knierim wurde bei der Direktwahl eindrucksvoll mit 70,3 % für weitere sechs Jahre in seinem Amt bestätigt. Mit diesem herausragenden Ergebnis hatte er selbst nicht gerechnet, da immerhin zwei Gegenkandidaten angetreten waren. Für seine Amtszeit bis 2014 hat sich Klaus Dieter Knierim viel vorgenommen. Er will weiter den offenen Dialog mit den Bürgern und den Fraktionen im Stadtparlament suchen, und er will versuchen, „die gute Arbeit der vergangenen sechs Jahre fortzusetzen“. Von den rund 6.088 Wählern erhielt er 4.172 der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,2 %.

02.03.2008
Obertshausen



Bernd Roth wurde mit 63,7 % in seiner zweiten Amtszeit bestätigt. Bernd Roth setzte sich gegen zwei Konkurrenten wie im Jahre 2002 durch. Doch trotz der zwei Gegenkandidaten konnte Bernd Roth sein Ergebnis aus dem Jahr 2002 von 53,0 % um rund 10,7 % erhöhen. Damit gewann er die Direktwahl mit 63,7 % der Stimmen. Wie Bernd Roth auf seiner Internetseite schreibt wird er sich mit viel Freude und Eifer auch die nächsten sechs Jahre zum Wohle von Obertshausen und seiner Bürger einsetzen. Er war im September 2007 Teilnehmer des KPV-Seminars „Bewerbung um ein kommunales Wahlamt“.

Impressum

Herausgeber:
KPV Informations-, Bildungs- und Beratungswerk e.V.
Frankfurter Straße 6
65189 Wiesbaden
www.kpv-ibb.de

Redaktion:
Alexander Zell, Geschäftsführer (V.i.S.d.P.)
Stefan Spallek
Frankfurter Straße 6
65189 Wiesbaden
Tel.: (0611) 1665-519
Fax: (0611) 1665-482

Gestaltung:
brandung3
Müggelseedamm 70
12587 Berlin

KPV-Landesvorstandssitzung am 16. Februar in Schwalbach

Quo vadis, Hessen? – Nach der Landtagswahl geht der Blick nach vorne

Der KPV-Landesvorstand diskutierte in seiner Sitzung am 16. Februar über den Ausgang der Landtagswahl, Schwerpunkte der kommunalpolitischen Arbeit 2008 und unterstützte die Direktwahlkandidatin in Schwalbach.

Knapp drei Wochen nach der für die Union enttäuschenden Landtagswahl diskutierten die KPV-Landesvorstandsmitglieder über die Gründe für das Abschneiden am 27. Januar. Als Gast war dazu Generalsekretär Michael Boddenberg, Abgeordneter aus Frankfurt, eingeladen. Er machte deutlich, dass es sich beim Thema Integration „nicht um ein reines Wahlkampfthema, sondern um ein dauerhaft die hessische CDU und ihn beschäftigendes Thema gegangen“ sei. „Diese Frage wird sich in den nächsten Monaten entscheiden, auch durch die Entschlossenheit der Union, über dieses Thema weiter öffentlich zu debattieren.“ Weil auch ein Schaden im Wahlergebnis entstanden sei, sei dies jedoch nicht einfacher geworden. Boddenberg ist jedoch sicher: „Es ist die Aufgabe von Politik, von dem nicht abzulassen, von dem man überzeugt ist. Und ich glaube auch, dass das eine Mehrheit in der Gesellschaft

erwartet und eine Mehrheit in der Union so sieht.“ Mit Blick auf das Wahlergebnis machte Boddenberg deutlich, dass sicherlich „jeder aus Fehlern lernen“ müsse, denn „zwölf Prozentpunkte Rückgang in einem Land, dem es blendend geht, können ohne eigene Fehler nicht entstehen“. Den Sozialdemokraten sei es gelungen, mit einem Veretzungsansatz den Eindruck zu erwecken, Ministerpräsident Koch rede nur über dieses Thema, weil Wahlkampf sei. Das habe der CDU sehr geschadet.

Bei der Frage nach der bürgerlichen Mehrheit nach dem Einzug der Linkspartei stellte Boddenberg klar: „Zunächst gilt: Gut 2000 Stimmen weniger für die Linkspartei in unserem Sechs-Millionen-Einwohner-Land und CDU und FDP hätten die Wahl gewonnen. Zusammen sind es 55 000 Bürger mehr, die eine bürgerliche statt einer rot-grünen Konstellation wollen.“

In der Debatte wurde Generalsekretär Boddenberg auch gefragt, ob bei der thematischen Vorbereitung der Wahl Dinge schiefgegangen seien. „Wenn man neun Jahre Reformen gemacht hat, gibt es viele Reformgewinner, die das längst konsumiert haben“, sagte Boddenberg. „Ich denke etwa an die



CDU-Generalsekretär Michael Boddenberg zu Gast bei der KPV: „Wir haben verstanden.“

100 000 Schulstunden, die vor 1999 jede Woche ausfielen.“ Aber es gebe auch Reformbelastete. Das sei sicher ein Problem bei den Landesbediensteten gewesen. „Wir haben eine strikte Haushaltskonsolidierung betrieben und die Mitarbeiter haben durch Arbeitszeiterhöhung und Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld einen erheblichen Beitrag dazu geleistet. Dass erst zu spät auf die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit reagiert worden sei, führte Boddenberg darauf zurück, dass „im laufenden Schuljahr es nicht einfach ist, eine Situation zu verändern. Wir müssen ein Jahr herausnehmen, aber auch dafür sorgen, dass das nicht zu mehr

Belastungen für Schüler in den Anfangsklassen führt. Unsere Maßnahmen haben nicht schnell genug gewirkt“.

Den Vorwurf, die hessische CDU hätte durch ihre Links-Block-Kampagne die Linke erst ins Parlament geredet, ließ Boddenberg nicht gelten. „Der Glaube, wenn man nicht über die Linkspartei redet, kommt sie nicht ins Parlament, lässt sich nach den Wahlen von Niedersachsen und Hessen nicht aufrechterhalten.“ Die Tatsache, dass die Linke in Niedersachsen so stark geworden sei, obwohl die CDU dort keinen solchen Wahlkampf geführt habe und Hessen für diese Partei strukturell ein eher leichtes Pflaster sei, sei sicher kein Beleg für die These, betonte Boddenberg.

Uwe Becker stellte anschließend das Programm der KPV Hessen für das Jahr 2008 vor. „Unsere Veranstaltungsformen reichen von Seminaren über Konferenzen bis hin zu Kongressen.“ So sei ein kontinuierlicher und an klaren Zielen orientierter Dialog auf den Ebenen Bund-Land-Kommune gewährleistet. „Den Auftakt dazu bildet das neue Seminar ‘Qualitätsmanagement für kommunale Fraktionen’ am 26. April und am 17. Mai“, so Becker. Politische Beratungs- und Entscheidungsprozesse seien arbeitsökonomisch gesehen nichts anderes als vor- und nachgelagerte Stufen der kommunalen Wertschöpfungskette. Vor diesem Hintergrund sei die Effektivierung der Rats- und Fraktionsarbeit eine Grundbedingung für die generelle Verbesserung der Politikqualität und damit der Lebens-



Der Landesvorsitzende der KPV Hessen, Uwe Becker, stellte die Projekte für 2008 vor: „Wir haben für alle kommunalpolitisch Interessierten eine Informationsplattform und ein Austauschforum im Angebot.“

qualität in der Kommune. (Nähere Hinweise zu dem Seminar finden Sie auf Seite 6 dieser Hessenbrief-Ausgabe.)

Wichtige Instrumente des Dialogs seien auch die Konferenzen mit Bürgermeistern oder Fraktionsvorsitzenden. „Hier kann man sich mit Menschen austauschen, die vor vergleichbaren Herausforderungen stehen“, sagte Becker. Ziel sei es, neue Impulse für die eigene Arbeit vor Ort zu bekommen. Aus seiner eigenen Vergangenheit als Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Arbeitskreises Große Städte wisse er, „wie wichtig ein regelmäßiger Dialog ist“.

Sicherlich ein Höhepunkt der diesjährigen Arbeit in der KPV sei der Kongress am 22. November in Rosbach vor der Höhe. „Dort wollen wir die aktuelle Dis-

kussion über die neue Verfasstheit der Region, die nicht nur die Rhein-Main-Region betrifft, näher beleuchten“, so Becker. Die derzeitige Debatte sei von Vorurteilen und festgefahrenen Positionen geprägt. „Wenn wir uns für die kommenden Jahre zeitgemäß aufstellen wollen, müssen wir neuen Ideen eine wirkliche Chance geben“, war sich Becker sicher. Der Kongress sollte dazu Informationen geben und helfen, Brücken zu bauen.

Am Rande der Sitzung unterstützten die KPV-Vorstandsmitglieder die Bürgermeisterin Claudia Eschborn bei ihrem Wahlkampf in Schwalbach. „Für uns ist es wichtig, auch bei unseren Gremiensitzungen nah an den kommunalpolitischen Geschehnissen in Hessen zu sein“, begründete Becker die Aktion. Dort, wo es möglich sei, wolle die KPV durch Präsenz vor Ort ihren Beitrag zum Erfolg beisteuern.



Die Bürgermeisterkandidatin Claudia Eschborn im Gespräch mit CDU-Generalsekretär Michael Boddenberg.



In seiner Sitzung am 16. Februar diskutierte der KPV-Landesvorstand über den Ausgang der Landtagswahl und die anstehenden Projekte in 2008.

Infobox

Seminare Fraktionsmanagement

a) 26. April (Süd) "Hotel Fasanerie", Groß-Gerau

b) 17. Mai (Nord) "Zur Schmiede", Alsfeld

Seminare „Bewerbung um ein kommunales Wahlamt“

a) 6. September (Süd) "Hotel Fasanerie", Groß-Gerau

b) 20. September (Nord) "Zur Schmiede", Alsfeld

Fraktionsvorsitzendenkonferenzen

a) 23. September 2008 (Kreise, kreisfreie Städte) „Crowne Plaza“, Wiesbaden

b) 25. Oktober (alle 447) Bürgerhaus Gießen-Wiesseck

Landräte- und Oberbürgermeisterkonferenz

19. August 2008 Hotel „Dolce“, Bad Nauheim

Bürgermeisterkonferenz

29. August 2008 Stadthalle Friedberg

Kommunalkongress

22. November Adolf-Reichwein-Halle, Rosbach v.d. Höhe

Qualitätsmanagement in Fraktionen auf kommunaler Ebene

Im politischen Wettbewerb die Nase vorn haben

Haben Sie das auch schon mal in Ihrer Fraktion erlebt? Für die nächste Sitzung des Ältestenausschusses muss noch dringend eine Vorlage erstellt und abgestimmt werden. Schreiben muss sie der Fraktionsvorsitzende selbst, da die Fraktionssekretärin nur stundenweise da ist und auch der Geschäftsführer gerade in einer wichtigen Besprechung in seinem eigentlichen Beruf steckt. Nach der Redaktion folgt die Frage nach dem Abstimmungs- und Umlaufprozess. Eine Fraktionssitzung ist nicht mehr rechtzeitig angesetzt, die Fraktionsmitglieder nicht alle per Mail erreichbar. Das Faxgerät der Fraktion ist defekt, eine Reparatur bei der Gemeinde beantragt. Der Fraktionsvorsitzende ist verzweifelt: Trotz aller Motivation macht Kommunalpolitik so einfach keinen Spaß!

Zielkonflikte, langfristige Auswirkungen politischer Entscheidungen und der qualitative Anspruch politischer Weichenstellungen haben auf kommunaler Ebene zugenommen. Gleichzeitig bleiben Ressourcen wie Personal, Zeit und finanzielle Ausstattung hinter den gestiegenen Anforderungen zurück.



Dr. Klaus-Jürgen Preuschhoff ist Vorsitzender der CDU-Fraktion in Lahnau und Mitglied des Kreistags im Lahn-Dill-Kreis. Davor war er Bataillonskommandeur in der Bundeswehr und leitete eine Bundesweherschule.



Der Vorsitzende des KPV-Bildungswerk e.V. Lutz Klein ist Regierungspräsident in Kassel und war zwischen 1975 und 1996 Bürgermeister im nordhessischen Battenberg, Kreis Waldeck-Frankenberg.

Deshalb bietet das KPV-Bildungswerk ein neues Seminar zu diesem Thema an: Qualitätsmanagement in Fraktionen auf kommunaler Ebene.

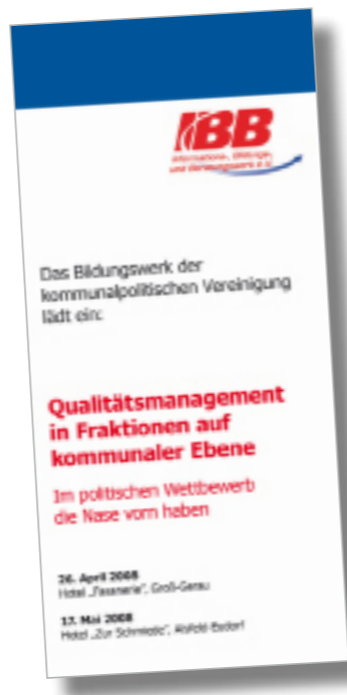
„Im politischen Wettbewerb wird die Fraktion die Nase vorn haben, die sich kontinuierlich verbessert, seien die Schritte auch noch so klein“, so Moderator und Referent Dr. Klaus-Jürgen Preuschhoff. „Dieser Qualitätsverbesserungsprozess muss von den Fraktionen gewollt und von möglichst vielen Fraktionsmitgliedern getragen sein. Erfolgreiches Fraktionsmanagement beinhaltet daher zwingend Qualitätsmanagement.“ Dieses führe in der Fraktion neben einem Kompetenzaufbau bei den Entscheidungsträgern zu einer Vergrößerung der inhaltlichen Entscheidungskompetenz gegenüber der Verwaltung, ergänzt der Vorsitzende des KPV-Bildungswerks, Lutz Klein. „Erhöhte Zeitökonomie von Sitzungen und Verbesserungen in der Arbeitsorganisation machen Kommunalpolitik attraktiver. Somit ist die Effektivierung der Fraktionsarbeit der erste Schritt zur

erfolgreichen Nachwuchsförderung in Partei und Fraktion“, so Klein.

Um die Lerngruppen klein und damit das Ergebnis für die Teilnehmer effizient zu machen, bietet das KPV-Bildungswerk das Seminar zunächst 2-mal an:

- 26. April, Hotel „Fasanerie“, Groß-Gerau
- 17. Mai, Hotel „Zur Schmiede“, Alsfeld-Eudorf

Die Teilnehmergebühr beträgt 25 Euro pro Person. Darin enthalten sind ein Mittagessen, die Tagungsgetränke sowie die Seminarunterlagen. Interessierte können sich anmelden unter info@kpv-ibb.de oder per Fax unter 0611/1665-482. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite www.kpv-ibb.de in der Rubrik Bildung.



Hessische Akademie für politische Bildung e.V.

Die gute Schule der Kommunalpolitik

Aus- und Fortbildungsangebote für kommunale Mandatsträger

Die Herausforderung

„Ehrenamtliche Kommunalpolitik ist anspruchsvoll. Die Fülle der Aufgaben und Themen sowie deren Komplexität und Bedeutung ist in den vergangenen Jahren enorm gewachsen“, beschreibt der Vorsitzende der Hessischen Akademie Uwe Becker die Herausforderung. Der demographische Wandel unserer Gesellschaft, ebenso die verantwortungsvolle und nachhaltige Haushaltspolitik seien nur zwei von vielen Bereichen, die über den heutigen Tag hinaus in die Zukunft wirken und ein profundes Verständnis der Materie erfordern. „Neben den fachlichen Kompetenzen für den kommunalpolitischen Mandatsträger eine immer wichtigere Rolle ein“, ergänzt Akademie-Geschäftsführer Alexander Zell. Die Fähigkeit, gut zu informieren, zu führen, zu argumentieren und zu überzeugen, das richtige Zeitmanagement und der Umgang mit Medien werden zu Schlüsselqualifikationen der erfolgreichen Arbeit.



Uwe Becker, Vorsitzender der Hessischen Akademie

Der Leitgedanke

Die Hessische Akademie für politische Bildung unterstützt Sie überall dort, wo

Sie Ihr Wissen auffrischen oder Ihre Kompetenzen erweitern möchten. Die Bildungsangebote umfassen alle wichtigen Themen kommunalpolitischer Arbeit und werden konzeptionell nach Schwerpunkten und Intensität, Teilnehmerkreis und Terminierung entsprechend gestaltet. Die Hessische Akademie hat eine lange Tradition. Gegründet am 4. Oktober 1952 verfolgt sie den Zweck, staatspolitische Bildung auf der Grundlage freiheitlich-demokratischen Gedankenguts zu vermitteln. Die Ausrichtung gründet sich auf der Überzeugung, dass der freiheitliche Staat Bürger braucht, die ehrenamtlich gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Deren Einstellung und Motivation honoriert und fördert die Akademie durch ihre bildungspolitische Arbeit.

Das Konzept

Während das Bildungswerk der kommunalpolitischen Vereinigung einen Schwerpunkt auf Information und Beratung ihrer Mitglieds-Fraktionen setzt, konzentriert sich die Hessische Akademie auf die individuellen Kompetenzen der einzelnen Mandatsträger. Diese wollen wir dabei unterstützen, die kommunalpolitischen Herausforderungen neben einem anstrengenden Beruf oder den Aufgaben in der Familie zu bewältigen. Die Bildungsangebote der Akademie werden konzeptionell nach Schwerpunkten und Intensität, Teilnehmerkreis und Terminierung auf die individuellen Anforderungen entsprechend gestaltet. Europa-, Bundes- und Landespolitik haben Auswirkungen bis in die hessischen Kommunen hinein. Die Hessische Akademie übersetzt die „große“ Politik für den kommunalen Alltag.

Der Nutzen

Unsere Referenten verfügen ausnahmslos über jahrelange eigene kommunalpolitische Erfahrungen, sei es als Man-



Alexander Zell, Geschäftsführer der Hessischen Akademie

daträger oder als hauptamtlicher Wahlbeamter. Ihre Entscheidung, Wissen an andere weiterzugeben, ist geprägt von Kollegialität, ausgeprägtem Dienstleistungsbewusstsein und hoher Motivation. Die Inhalte der Aus- und Weiterbildung folgen strikt den Anforderungen der kommunalpolitischen Praxis ohne überflüssiges theoretisches Beiwerk. Teilnehmer profitieren unmittelbar ohne zusätzlichen Lernaufwand.

Für weitere Informationen rufen Sie uns einfach unter (0611) 1665-531 an oder besuchen Sie uns im Internet unter www.hess-akademie.de.



Vom Kleinsein zum Einstein

Schüler der Blumensteinschule experimentieren künftig mit den Jüngsten in den Kindergärten von Wildeck. Das einmalige Projekt wird vom CDU-Gemeindeverband finanziert.

von Bernd Möller, CDU Wildeck

Obersuhl. Celina, Johannes, Leonie und ihre Spielkameraden vom Kindergarten Obersuhl kamen aus dem Staunen nicht mehr raus. Am liebsten hätten sie mit den „Großen“ von der Blumensteinschule noch weiter experimentiert. Und das ist auch geplant, denn die Schüler werden nach einiger Vorbereitungszeit ab dem kommenden Schuljahr regelmäßig Unterrichtszeit in den Kindergärten verbringen und mit den Jüngsten in Obersuhl, Bosserode, Hönebach und Richelsdorf gemeinsam Phänomene aus Naturwissenschaft und Technik auf den Grund gehen.

Den Startschuss zum Projekt „Technikkoffer – Vom Kleinsein zum Einstein“ gab es am 22. Januar im Evangelischen Kindergarten in Obersuhl. Die Projektidee stammt von den Vorständen des CDU-Gemeindeverbandes Christel Gohmert und Bernd Möller. Und sie wurde von den Kindergärten, den Grundschulen in Obersuhl und Hönebach sowie der Blumensteinschule dankend aufgenommen und jetzt umgesetzt.

„Das Projekt ist nicht nur eine tolle Sache für alle, die daran beteiligt sind, sondern trägt auch dazu bei, dass unsere Kinder frühzeitig lernen, sich in unserer technischen Welt zurecht zu fin-



auf dem Bild hinten von links: Doritha Grüneberg, Schulleiterin Blumensteinschule Obersuhl, Mechthild Schmidt, Leiterin KITA Obersuhl, Eckhard Sema, CDU Wildeck, Praktikantin KITA, Jürgen Grau, Bürgermeister Wildeck, Silvia Hocke, Leiterin GS Hönebach. vorn rechts: Christel Gohmert, Vorsitzende CDU Gemeindeverband Wildeck.

den“, machte Pfarrer Andreas Schmidt-Wecken deutlich.

Bürgermeister Jürgen Grau bezeichnete das Projekt als ein Stück „Zukunftsfürsorge“. „Die Ideengeber und Akteure des Projektes zeigen Mut, etwas Neues zu wagen, und übernehmen schon heute Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder.“ Das verdiene Anerkennung und volle Unterstützung. Und, obgleich uns die Ergebnisse der PISA-Studien regelmäßig wachrüttelten, würde – gerade in der Politik – noch viel zu oft nur diskutiert und nicht gehandelt. Dabei lägen PISA und die Technikkoffer gar nicht soweit entfernt, betonte der Bürgermeister. „Ein früher Start ins Lernen macht das spätere Lernen leichter und je früher bildungspolitische Maßnahmen einsetzen, desto größer sind die Früchte, die sie schließlich tragen“, zitierte das

Gemeindeoberhaupt den Wirtschaftsnobelpreisträger James Heckman.

Aus kindlicher Neugier wird bei den Drei- bis Sechsjährigen schnell Forscherdrang, wissen die CDU-Kommunalpolitiker Gohmert und Möller. Diesen Wissenshunger von Kindern im Vorschulalter will man nutzen und macht sich deshalb für die Technikbildung in den Kindergärten der Gemeinde stark. „Gemeinsam mit den Grundschulen Obersuhl und Hönebach und der Blumensteinschule Obersuhl soll den Kindern ein Tor zu Natur und Technik über den bisherigen Kindergartenalltag hinaus geöffnet und damit ein altersgemäßer Zugang zu den modernen Naturwissenschaften ermöglicht werden“, hieß es bei der Übergabe. Dass es zu dem spannenden Technikkoffer auch noch ein paar Süßigkeiten gab, wird den Steppkes wohl in genauso guter Erinnerung bleiben.

Die speziell für die Technikbildung im Vorschulalter entwickelten und zusammengestellten Technikkoffer unterstützen das technische Verständnis der Kinder. Die Koffer enthalten Materialien zu den Themen Wasser, Luft, Farben, Schall und Elektrizität, mit denen mehr als 100 erprobte Experimente durchgeführt werden können.



Eine CD-Rom, die sich mit Hilfe eines Luftballons zum Luftkissen entwickelt und über die Spieltische schwebt.



Um Spaß und Neugierde an naturwissenschaftlichen Phänomenen zu wecken, sind die Experimente einfach und motivierend gestaltet. Die Kinder können sie in Eigenregie durchführen.

Ein paar davon zogen die Kinder sofort in ihren Bann. Dass ein Ei im Wasserglas untergeht, das war den Kindern klar. Schließlich ist ein Ei schwer. Als das Ei im Glas mit Salzwasser aber oben geschwommen ist, wollten die Kleinen schon wissen, ob es vielleicht ein ausgeblasenes Ei ist. Fasziniert hat natürlich die Seifenblasenmaschine, die jeder mal in Gang setzen wollte. Oder die CD, die sich mit Hilfe eines Luftballons zum Luftkissen entwickelte und über die Spieltische schwebte.

Genau diese kindliche Begeisterung wolle man fördern. „Kinder sollen von Kindern lernen und schon früh den Grundstein für gute naturwissenschaftliche und technische Kenntnisse legen“, sagte Doritha Grüneberg. Dann könne die Schule darauf aufbauen und mit ihren Mitteln und Möglichkeiten die Schüler auf die Ausbildung und das spätere Arbeitsleben vorbereiten. „Schließlich werden gute Naturwissenschaftler, Techniker und Ingenieure im Land dringend gesucht.“ Der CDU-Gemeindeverband hat ihrer Meinung nach nicht nur ein Projekt mit Einmaligkeit initiiert, sondern damit in Hessen auch ein Achtungszeichen gesetzt, betonte Doritha Grüneberg.

Um die Nachhaltigkeit der Technikbildung vom Kindergarten an über die

Wohin frühzeitiges Natur- und Technikverständnis und praktische Erfahrungen führen können, haben die Schüler und Lehrer der Blumensteinschule Obersuhl in diesem Schuljahr eindrucksvoll bewiesen und wurden für ihre beispielhafte Berufswahlvorbereitung in Thüringen mit dem Qualitätssiegel „Berufswahlfreundliche Schule“ ausgezeichnet. Aber PISA und auch das Q-Siegel fangen eigentlich schon im Kindergarten an.

gesamte Schullaufzeit der Kinder zu gewährleisten, sehen auch die Grundschulen dem Projekt mit Begeisterung entgegen, wie Thomas Breitbart, Schulleiter der Grundschule Obersuhl, sagte. Sie werden den Koffer für den Grundschulgebrauch weiterentwickeln.

Vom Kleinsein zum Einstein! Die Idee.



Die Perspektiven für die Zukunft schafft man in der Gegenwart.

Reform des kommunalen Finanzausgleichs bleibt zentrale Aufgabe der nächsten Jahre

Man werde sich einem Umlenken der Geldströme, die vom Land an die Kommunen fließen, nicht verschließen, sagte der Präsident des Hessischen Städtetags, der Fuldaer Oberbürgermeister Gerhard Möller (CDU). Allerdings halte er eine einvernehmliche



Lösung schon im nächsten Jahr angesichts der unklaren Mehrheitsverhältnisse im künftigen Landtag kaum für möglich. Zur Debatte stehe lediglich eine Umverteilung der bisher gewährten Summen.

Eine ausreichende, dauerhaft gesicherte Finanzausstattung sei aus Sicht der Gemeinden, Städte und Kreise die wichtigste Forderung an den neuen Landtag, sagte Möller. Nur finanziell starke und unabhängige Kommunen könnten die politischen Ziele des Landes unterstützen.

Die Kommunen seien zu einer engeren Kooperation mit dem Land bereit, sagte die Präsidentin des Städte- und Gemeindebundes, die Niddaer Bürgermeisterin Lucia Puttrich (CDU). Das Land sei gefordert, Hindernisse bei der



Zusammenarbeit von Kommunen, etwa bei gemeinsamen Ausschreibungen von Projekten, aus dem Weg zu räumen. Ländliche Regionen benötigten Unterstützung bei dem Versuch, die Folgen des drohenden Bevölkerungsrückgangs zu bewältigen; ein Mindestmaß an Infrastruktur müsse erhalten bleiben.

Landrat Bernd Woide begrüßt Bekenntnis zum Fortbestand der Optionskommunen

Landrat Bernd Woide hat die Aussage von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz gegenüber dem Präsidenten des Deutschen Landkreistags, Landrat Jörg Duppré, begrüßt, dass dort, wo heute Leistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende in alleiniger Verantwortung der Kommunen erbracht würden, dies auch weiterhin möglich sein solle. Falls die Worte von Scholz als Bekenntnis zum Fortbestand der Optionskommunen zu werten seien, wäre damit Planungssicherheit für die Zeit nach 2013 gegeben. Den aktuellen Hintergrund bildete das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Dezember 2007, wonach die aus Kommunen und Arbeitsagenturen gebildeten Arbeitsgemeinschaften nicht mit dem Grundgesetz vereinbar seien. Bis-

lang ist die Aufgabenwahrnehmung durch die Optionskommunen als Alternative zu den Arbeitsgemeinschaften bis zum Jahr 2010 befristet. Nach Aussage von Landrat Woide dürfe es nicht jedoch bei bloßen Absichtsbekundungen bleiben. Jetzt müssten konkrete Taten folgen. „Im Interesse der arbeitssuchenden Menschen brauchen wir eine dauerhafte Absicherung der Option, um auch längerfristige Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt in Angriff nehmen zu können.“ Im übrigen sollte allen Kommunen Wahlfreiheit gegeben werden, ob sie die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende in wie immer gearteten Arbeitsgemeinschaften mit der Arbeitsagentur oder besser eigenverantwortlich wahrnehmen wollten, schließt sich Woide



der Forderung des Deutschen Landkreistags an. Viele der in Arbeitsgemeinschaften gebundenen Landkreise würden bei einer neuen Entscheidungsmöglichkeit die kommunale Trägerschaft bevorzugen.

KPV-Service

Juristische Gutachten

Ist es zulässig, dass sich eine Gemeinde nicht vom Rechnungsprüfungsamt des Kreises sondern von einem Wirtschaftsprüfer prüfen lässt?

Die betroffene Gemeinde muss kein Rechnungsprüfungsamt einrichten (§ 129 Satz 1 HGO). Hat die Gemeinde kein eigenes Rechnungsprüfungsamt, so nimmt dessen Aufgaben das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises wahr (§ 129 Satz 1 HGO). Der Gemeinde ist es versagt, die Aufgaben auf andere Institutionen zu übertragen. Das ergibt sich aus der zwingenden Fassung des § 128 Abs. 1 HGO. Danach prüft das Rechnungsprüfungsamt - in diesem Falle das Rechnungsprüfungsamt des Kreises - die Jahresrechnung. Das Wort „prüft“ ist gerade nach der allgemeinen Interpretationsregel so zu lesen, als stünde dort das Wort „hat zu prüfen“. Dies folgt auch aus der besonderen Stellung des Rechnungsprüfungsamtes. Vom Leiter des Rechnungsprüfungsamtes wird eine gründliche Erfahrung im Kommunalwesen, insbesondere auf dem Gebiet des gemeindlichen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen verlangt (§ 130 Abs. 4 Satz 1 HGO). Bei einem Wirtschaftsprüfer können diese Voraussetzungen gegeben sein, müssen es aber nicht. Insofern muss das Rechnungsprüfungsamt eine besondere Qualifikation nachweisen, die in der Regel bei einem Wirtschaftsprüfer nicht vorliegen muss.

Ist der Bürgermeister für die Parkplatzregelung eines öffentlichen Parkplatzes zuständig oder fällt diese Angelegenheit in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung?

Ja, der Bürgermeister ist zuständig, weil für ihn in jeder Gemeinde in Hessen eine Sonderzuständigkeit in Angelegenheiten der Straßenverkehrsordnung besteht. Dies ergibt sich aus der Verordnung zur Durchführung des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicher-

heit und Ordnung und zur Durchführung des Hessischen Freiwilligen - Polizeidienst-Gesetzes vom 12. Juni 2007. Nach § 1 Nr. 5 dieser Verordnung sind die Aufgaben der Gefahrenabwehr den allgemeinen Ordnungsbehörden in Angelegenheiten der Straßenverkehrsordnung zugewiesen, soweit sie nicht durch besondere Rechtsvorschriften anderen Behörden übertragen sind und soweit sie Aufgaben der Straßenverkehrsbehörden sind. Die Aufhebung der Zeitbegrenzung auf dem betroffenen Parkplatz ist eine Angelegenheit der



Straßenverkehrsordnung, denn das Parken auf Parkplätzen, die mit dem Zeichen 314 und Zusatzschild ausgestattet sind, ist in der Straßenverkehrsordnung ausdrücklich geregelt (§ 12 Abs. 3 Nr. 8). Für die Regelung dieser Angelegenheiten sind die allgemeinen Ordnungsbehörden zuständig (§ 1 Nr. 6). Allgemeine Ordnungsbehörden wiederum sind die Bürgermeister als örtliche Ordnungsbehörden (§ 85 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung).

Hat ein bei der Stadtverwaltung vor seiner Wahl zum Bürgermeister tätiger Stellvertreter des Hauptamtsleiters Anspruch auf Wiedereinstellung und woraus ergeben

sich seine Versorgungsansprüche?

Ein Lebenszeitbeamter ist kraft Gesetz aus seinem früheren Dienstverhältnis entlassen, wenn er zum Beamten auf Zeit beim gleichen Dienstherr ernannt wird, sofern das Gesetz nichts anderes bestimmt (§ 39 Abs. 1 Nr. 2 Hessisches Beamtengesetz). Etwas anderes kann lediglich dann eintreten, wenn sich der stellvertretende Hauptamtsleiter die Rückkehr in sein früheres Lebenszeitbeamtenverhältnis hat schriftlich zusichern lassen. Der Beamte auf Zeit, wie dies bei dem Bürgermeister als Wahlbeamten der Fall ist, tritt mit dem Ablauf seiner Amtszeit in den Ruhestand (§ 211 Abs. 5 Satz 1 Hessisches Beamtengesetz). Der Bürgermeister a.D. erhält somit Versorgungsbezüge nach dem Beamtenversorgungsgesetz (§ 66 Abs. 1). Als Versorgungsbezüge kommen ein Unterhaltsbeitrag oder das Ruhegehalt in Betracht. Der Bürgermeister erhält in jedem Falle ein Ruhegehalt, denn er hat ja mindestens eine Dienstzeit von 5 Jahren abgeleistet (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 66 Abs. 1 Beamtenversorgungsgesetz).

Hintergrund

Juristische Gutachten

Als Mitglied im KPV Bildungswerk e.V. erhalten die Fraktionen kostenlose juristische Stellungnahmen unseres Gutachters Dr. Norbert Rücker.



Bei Anfragen wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle unter Telefon (0611) 16 65-519 oder Fax (0611) 16 65-482.

Jürgen Banzer

Handlungskonzept zur Senkung der Jugendkriminalität: „Keine rechtsfreien, sondern nur angstfreie Räume“

„Die Hessische Landesregierung verfolgt das Ziel, Jugendgewaltkriminalität noch effektiver als bisher zu bekämpfen. Die Jugendgewaltkriminalität soll durch ein umfassendes Handlungskonzept gesenkt werden, das aus drei Säulen besteht: Prävention, Strafverfolgung nebst Strafvollstreckung sowie Opferschutz. Damit sollen den auf allen gesellschaftlichen Ebenen verantwortlichen Handelnden Mittel an die Hand gegeben werden, effektiv und entschieden gegen Jugendgewaltkriminalität vorzugehen. Es darf keine rechtsfreien, sondern nur „angstfreie Räume“ geben“, erklärte der Hessische Justizminister Jürgen Banzer anlässlich der Vorstellung des Handlungskonzepts zur Senkung der Jugendkriminalität.

Die Reihe von Sofortmaßnahmen im einzelnen:

1. Schaffung von 60 zusätzlichen Arrestplätzen zum 1. April 2008 durch Umwandlung der JVA Friedberg in eine Jugendarrestanstalt.
2. Aufnahme von konkreten Planungen für ein modellhaft ausgerichtetes Haus des Jugendrechts in Frankfurt am Main.
3. Senkung der Rückfallquote nach dem Jugendstrafvollzug durch zahlreiche Intensivmaßnahmen.
4. Kurzfristige Umsetzung der Arbeitsergebnisse einer im Februar 2008 eingesetzten Expertengruppe.
5. Ausweitung der zum 1. Februar 2008 eingerichteten Jugendbewährungshilfe zu einer allgemeinen Jugendbewährungshilfe.



Die Gründe für das Entstehen von Jugendgewaltkriminalität seien vielschichtig und komplex und hätten ihre Ursache in den verschiedensten Lebensbereichen der Gesellschaft. Diese reichten vom familiären Umfeld über den schulischen Bereich bis hinein in die Phase der beruflichen Orientierung.

Peter Beuth

Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder bleibt richtig: „Rückkehr ist nicht finanzierbar“

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und KPV-Schatzmeister Peter Beuth trat den Forderungen der SPD-Fraktion vehement entgegen, Hessen solle wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) eintreten. „Es ist unseriös, wenn die SPD behauptet, eine Rückkehr in die TdL verursache in 2008 lediglich Mehrkosten in Höhe von 8,3 Millionen Euro. Dabei sind die Kosten für die Arbeitszeitverkürzung und den Mehrbedarf an Stellen nicht eingerechnet“, kritisierte Beuth. „Finanzpolitische Geisterfahrten“ werde es mit der CDU nicht geben. „Die hessische SPD will populistisch punkten, hat sich aber selbst entlarvt, indem sehr deutlich wurde, dass rein gar nichts zu Ende gedacht ist“, so der CDU-Politiker. Beispielsweise habe

jede Aussage dazu gefehlt, wie das zusätzlich notwendige Personal bezahlt werden solle.

Beuth erläuterte, dass die Übernahme des Tarifvertrages der Länder (TVL) den Haushalt 2008 um 56,1 Millionen mehr belasten würde. Durch die Überleitung in die neue Entgelttabelle und den Strukturgleichgewicht kämen weitere Kosten von etwa 19,6 Millionen Euro hinzu. Mit der Übernahme des TVL-Forst würde der Haushalt mit weiteren 2,2 Millionen belastet werden. „Unterm Strich sind die Ausgaben allein für die Tarifangestellten mit über 77 Millionen Euro nahezu zehnmal so hoch wie von der SPD-Fraktion vorgebracht“, so Beuth. Wenn die Arbeitszeit für die Beamten des Landes an die Rege-

lung der Tarifgemeinschaft der Länder angepasst werde, schlage dies mit weiteren 128,6 Millionen Euro zu Buche, was 25-mal teurer wäre als von den Sozialdemokraten dargestellt.



Antrag der CDU-Fraktion Frankfurt a. M. :

„Kommunen von Unterkunftskosten entlasten, Wohngeld reformieren“

Vorbemerkung:

Bei steigenden Ausgaben für Leistungen nach dem SGB II reduziert der Bund seine Beteiligung an den Unterkunftskosten wie Miete und Nebenkosten. Außerdem ist seit dem Jahr 2001 das Wohngeld nicht mehr erhöht worden, obwohl die Mieten und Nebenkosten jedes Jahr in teilweise erheblichem Maße gestiegen sind. Die Folge ist, dass immer mehr Wohngeldbezieher inzwischen Unterkunftskosten nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II beziehen, weil es hier nicht nur einen Wohnkostenzuschuss gibt, sondern Miet- und Heizkosten voll übernommen werden. Dieser Entwicklung soll mit einer Wohngeldreform entgegengewirkt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den Deutschen Städtetag eine langfristige Aufteilung der Unterkunftskosten für Leistungsempfänger nach dem Sozialgesetzbuch II zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu erreichen, die zu einer stärkeren Entlastung der kommunalen Haushalte beiträgt.

Darüber hinaus soll sich der Magistrat für eine Reform des Wohngeldes einsetzen, die den gestiegenen Miet- und Nebenkosten Rechnung trägt und damit Erwerbstätige wieder aus dem Leistungsbezug nach SGB II herausholt, das als Hilfesystem für Arbeitssuchende gedacht ist.



Antrag der CDU - Fraktion Wiesbaden:

„Altersgerechtes Wohnen - Modellprojekt „Wohnen im Verbund“

Vorbemerkung:

Die Anpassung von Infrastruktur und Hilfsangeboten an den zunehmenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen und deren geänderten Bedürfnisse ist eine zentrale kommunale Aufgabe.

Oberstes Ziel ist es dabei, dem Bedürfnis nach eigenverantwortlicher und selbstbestimmter Lebensgestaltung bestmöglich Rechnung zu tragen. Hilfe beim selbständigen Leben im Alter, insbesondere der eigenständigen Haushaltsführung, hat Vorrang vor der Unterbringung in einem Alten- bzw. Altenpflegeheim. Letztere ist im Interesse der Betroffenen so weit wie möglich hinauszuschieben. Dabei leistet die Vernetzung von ambulanten und stationären Hilfsangeboten einen wesentlichen Beitrag.



Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften ein Modellprojekt „Wohnen im Verbund“ für ältere Menschen zu entwickeln.

Dabei sind in räumlicher Nachbarschaft zu einer Einrichtung der stationären Altenpflege altersgerechte, das heißt insbesondere barrierefrei gestaltete, Wohnungen zu etablieren. Den Bewohnern stehen im Rahmen des „Wohnens mit Service“ diverse Dienstleistungsangebote zur Verfügung (z.B. ambulante Pflege, Unterstützung bei der Haushaltsführung, Reinigungsarbeiten, Transport von Einkäufen usw.) zur Verfügung.

Gleichzeitig erfolgt eine Vernetzung mit den medizinischen und pflegerischen Hilfsangeboten der stationären Altenpflegeeinrichtung.

KPV-Information:

Lesenswerte Internetseiten

www.jakob-kaiser.de

Die Jakob-Kaiser-Stiftung ist eine staatlich anerkannte Institution der politischen und beruflichen Weiterbildung für Jugendliche und Erwachsene. Sie ist unabhängig und überparteilich tätig und wird durch Bundes- und Landeseinrichtungen gefördert.

Die politische Bildungsarbeit orientiert sich an der Politik und Persönlichkeit Jakob Kaisers und den christlich sozialen Werten der Partnerschaft, des Gemeinwohls, der Mitbestimmung, des Miteigentums sowie der sozialen Gerechtigkeit.

Das Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter und das Jakob-Kaiser-Haus in Weimar sind Jugend- und Erwachsenenbildungsstätten, in denen ganzjährig Seminare, Konferenzen und Tagungen durchgeführt werden.

Auf der Internetseite der JKS findet der Nutzer ein reichhaltiges Angebot an Seminaren zu Themengebieten wie Rhetorik, Politische Kommunikation oder aber auch einzelne Fachvorträge zu verschiedenen politischen Themenfeldern.

In der Rubrik Sonderreisen bietet die Jakob-Kaiser-Stiftung ein abwechslungsreiches und kostengünstiges Reiseprogramm mit Städtereisen und Fachseminaren an.

Die Seite verschafft außerdem einen Einblick in die Vita von Jakob Kaiser, Hans Katzer und Adam Stegerwald, die mit ihrer Politik die Philosophie der Stiftung maßgeblich geprägt haben.



www.kas.de

Die Internetseite der Konrad-Adenauer-Stiftung bietet ein reichhaltiges Angebot an Information über die Arbeit der Stiftung:

Das Wichtigste in Kürze aus der Konrad-Adenauer-Stiftung auf einen Blick bietet Ihnen der Newsletter. Zehnmal im Jahr wählt die KAS die Höhepunkte aus aktuellen Projekten, Veranstaltungen und Veröffentlichungen im In- und Ausland aus. Integrierte Links zum Internetangebot der Stiftung ermöglichen eine individuelle Informationstiefe. Medienschaffende finden in der Rubrik „Pressemittelungen“ alle für sie wichtigen Informationen und Ansprechpartner. Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert deutsche und ausländische Studierende und Graduierte sowie Jungjournalisten und Künstler. Die Modalitäten, Anmeldeunterlagen und weiterführende Informationen finden Sie in der Rubrik „Stipendien“. In der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin stehen Ihnen Räume und Säle unterschiedlichster Größe und Ausstattung für Ihre Veranstaltung zur Verfügung. Über die Internetseite können Sie sich hier einen Überblick verschaffen. Sämtliche Interviews, O-Töne, sowie Audio- und Videoberichte von Mitarbeitern und Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung stehen im Medienarchiv der KAS zum schnellen Überblick aufgelistet. Egal ob Sie nach Berichten über Konferenzen der Stiftung oder Informationen über wichtige Ereignisse auf der ganzen Welt suchen, hier werden Sie schnell fündig.

www.hss.de

Seit ihrer Gründung am 11. April 1967 betreibt die Hanns-Seidel-Stiftung politische Bildungsarbeit mit dem Ziel - wie es in der Satzung heißt - die „demokratische und staatsbürgerliche Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage“ zu fördern. Damit baut die politische Bildungsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung auf einem Menschenbild auf, zu dem die freie Entfaltung der Persönlichkeit und ihre Eigenverantwortung ebenso gehören wie die soziale Verantwortung und die Solidarität. Dieser Auftrag ist gerade in unserer Zeit, in der das Erfordernis von mehr Eigenverantwortung, einer neuen „Kultur der Selbstständigkeit“ und einer „aktiven Bürgergesellschaft“ immer stärker hervortritt, mehr denn je aktuell.

Die Internetseite der HSS bietet ein reichhaltiges Angebot an Seminaren, die den Rubriken „Politische Bildung“ und „Wissenschaft & Politik“ zugeordnet werden.

Ein breites Spektrum aktueller gesellschaftspolitischer Themen deckt das gerade erschienen Jahresprogramm 2008 ab. Die Wochen- oder Wochenendseminare finden überwiegend in den Bildungszentren Kloster Banz oder Wildbad Kreuth statt.

Außerdem wird über die Vergabe von Stipendien, Stellenangebote und die internationale Arbeit der Stiftung informiert.



Rhetorik Klassik – die Kunst zu überzeugen

Rhetorik ist mehr als Redegewandtheit und Small-Talk. Wer andere überzeugen will, muss selbst überzeugend sein. Und genau das können Sie laut Nikolaus B. Enkelmann erlernen! Einzigartig wie kein anderer übermittelt Enkelmann die Tricks und Geheimnisse der Redekunst.

Der Autor gibt Auskunft darüber, wie man mehr Sicherheit im eigenen Auftreten gewinnt und die eigene Ausstrahlung verstärkt. Durch Übungen, die im Buch beschrieben werden, kann der Leser lernen, seine Körpersprache, die Augen und Stimme wirkungsvoll einzusetzen. Das Buch enthält aber auch praktische Tipps und Checklisten für den Aufbau einer Rede. So lernen Sie, wie Sie auch in kritischen Situationen jeder Zeit Herr der Lage sind.

Das Buch gibt Informationen über Hilfsmittel der Rhetorik wie Stimme, Augen und Körper, Tipps für die Anwendungen

in der Praxis, wie z.B. dem Umgang mit Störern oder einem Black-out und beinhaltet auch eine Audio-CD mit einem Live-Mitschnitt eines Enkelmann-Rhetorik-Seminars, sowie Übungen zum mentalen Training.

Nikolaus B. Enkelmann zählt zu Europas erfolgreichsten Erfolgstrainern. Seine Seminare in den Bereichen Erfolg, Rhetorik und Motivation sind weit über die Grenzen Deutschlands bekannt. Über 800.000 Manager, Spitzensportler, Ärzte und andere Führungskräfte haben seine Veranstaltungen bereits besucht.

Das Buch ist im Gabal Verlag, Offenbach erschienen und kostet 20,90 Euro. Es kann unter www.gabal-verlag.de bestellt werden (ISBN: 978-3-89749-468-8).



Die Venus Strategie – Ein unwiderstehlicher Karriereberater für Frauen

Konsequent und voller Lebensfreude geht die Frau von heute ihren Weg an die Spitze, zu beruflichem Erfolg, privatem Glück und nebenbei noch einem bemerkenswerten Vermögen. Eine Illusion für die Durchschnittsfrau? Nein, sagt Claudia E. Enkelmann, denn in jeder Frau steckt eine Venus! Es kommt nur darauf an, sie zu entdecken und die Spielregeln des Erfolges zu verinnerlichen. Charisma, Selbstbewusstsein und Einfluss kann man trainieren: Mit Hilfe der bewährten Erfolgsstrategien dieses Buches ist dies ein leichtes.

Claudia E. Enkelmann zeigt in Ihrem Buch, wie Frauen die von Männern gemachten Spielregeln durchschauen und wirkungsvolle Gegenstrategien entwickeln können. Denn: Männer sind anders – Frauen auch. Ob Flexibilität, Kreativität, Kommunikationsstärke oder Teamgeist – Frauen haben ganz besondere Talente, und sollten diese gekonnt einsetzen.

Das Buch gliedert sich in die Bereiche Erfolgsstrategien für Frauen, ob im Alltag oder in der Businesswelt, Entfaltung und Entwicklung der eigenen Ausstrahlung und des Charismas, sowie Selbstvermarktung und Rhetorik. Claudia E. Enkelmann gibt aber auch Ratschläge, wie die moderne Frau von heute Karriere, Privatleben und Beziehung erfolgreich unter einen Hut bringen kann.

Dr. Claudia E. Enkelmann ist Diplom-Psychologin, Autorin und bekannt Erfolgstrainerin. Sie zählt zu den wenigen weiblichen Top-Trainern und studiert seit vielen Jahren das Geheimnis erfolgreicher Frauen.

Das Buch ist im Verlag Redline Wirtschaft, Heidelberg erschienen und kostet 19,90 Euro. Es kann unter www.redline-wirtschaft.de bestellt werden (ISBN: 978-3-636-01495-5).



*Erfahrung vermitteln,
Kompetenz schaffen!*

